

Der verpasste Central-Park in Rapperswil-Jona

Ausgabe vom 16. Januar

Zum Artikel «Streuli Pharma will das Uzner Zentrum komplett umbauen»

Die private Initiative der Unternehmerfamilie Streuli in Uznach beeindruckt. Es ist zu hoffen, dass Regierung und Bevölkerung diese Ideen mittragen. Mir scheint es eine gelungene Symbiose von wirtschaftlicher Entwicklung, Standorttreue, städtischem Weitblick und umweltfreundlichem Denken und Handeln. Angetan bin ich von der vorgesehenen grosszügigen öffentlichen Parkanlage in der Zentrumsüberbauung, welche 50 Prozent der Fläche umfassen soll.

Noch vor der Abstimmung in Rapperswil-Jona über «Stadttraum Neue Jonastrasse – St. Gallerstrasse» habe ich an einer Diskussion, welche aufgrund der derzeit bestehenden Leerfläche beim geplanten City-Center entstanden ist, die These vertreten wie «outstanding» es für unsere Stadt wäre, auf dieser Fläche anstatt einer maximal ausgenutzten Zentrumsüberbauung einen kleinen feinen Stadtpark zu haben. Verdichtetes städtisches Bauen soll zwar angestrebt, aber nicht zum Zwang werden.

Einerseits hätte sich unsere vermögende Stadt mit entsprechendem Weitblick den Kauf der Flächen und Liegenschaften von Gusti Keller wohl zu leisten vermocht, und von der Bevölkerung wäre die Idee mit grosser Wahrscheinlichkeit mitgetragen worden. Rechnet man die Quadratmeter mit einem marktgerechten Preis hoch, hätten die für den Strassenausbau Stadttraum vorgesehenen städtischen 28,5 Millionen Franken wohl dazu gereicht. Auch auf der bald 50-jährigen

Spielregeln zu Leserbriefen

Die Kantons- und Regierungsratswahlen vom 8. März werfen ihre Schatten voraus. Die Redaktion macht darauf aufmerksam, dass keine allgemeinen, werbemässigen Wahlempfehlungen für einzelne Kandidatinnen und Kandidaten abgedruckt werden. Leserbriefe, die sich argumentativ auf Wahlkampfthemen beziehen oder auf eine begründete, persönliche Wertschätzung einer Kandidatin, eines Kandidaten, finden selbstverständlich weiterhin ihren Platz im Forum, sofern sie aus der Feder von Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Linthgebiet stammen. Die Redaktion ist darüber hinaus bestrebt, im Hinblick auf die Wahlen möglichst viele Leserbriefe zu veröffentlichen. Damit dies gelingt, bitten wir Leserbriefschreiber, sich möglichst kurz zu fassen. Zudem weisen wir vor den eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen sowie vor der Ersatzwahl ins Gemeindepräsidium Kaltbrunn auf unseren Einsendeschluss hin: Leserbriefe zu diesen Vorlagen vom 9. Februar müssen bis Samstag, 1. Februar, 12 Uhr, eingetroffen sein. Im Allgemeinen erinnern wir daran, dass Leserbriefe der Meinungsäusserung der Leserinnen und Leser zu Themen von allgemeinem Interesse dienen. Je kürzer der Leserbrief ist, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Anonyme oder vervielfältigte Briefe, Rundschreiben und Zuschriften mit diffamierendem Inhalt werden nicht abgedruckt. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen, sie führt darüber keine Korrespondenz. (Lz)

Bild des Tages: Störche im Energiesparmodus



Am frühen Morgen mit Raureif überzogene Wiesen sind für die überwinternden Störche als Nahrungsquelle nicht nutzbar. Also fliegen sie an den See, stehen im Wasser und bewegen sich kaum. Die Luft ist dort ein wenig wärmer als an Land oder auf erhöhten Punkten. So sparen sie Energie. 16 Störche ruhten am 13. Januar zwischen Holzsteg und Inseln beim Heilig Hüsl, zwölf Vögel waren es am Vortag.

Text und Bild Kurt Anderegg, Rapperswil

Wiesenbrache «Teuchelweiher» liesse sich mit wenig Geld rasch ein «Naturpark light» erstellen; egal, was eines fernen Tages darauf passieren soll (Parkhaus und/oder Tunnelzufahrt).

Vielleicht lässt sich die Familie Villiger von der «uznerschen» Streuli-Idee anstecken und schafft sich und der Bevölkerung anstatt der geplanten Grossüberbauung ein städtisches Generationendenkmal mit einem öffentlichen «Villiger-Centralpark» auf dem nördlichen Teil der Fläche.

Natürlich bin ich als Nachbar in der Sache voll befangen und es ist mir bewusst, dass diese Fantastereien bestenfalls an der Fasnacht einen satirischen Niederschlag finden werden. Aber bekanntlich ist denken und reden auch den Narren nicht verboten.

Marcel Gasser aus Rapperswil-Jona

Es braucht eine Taskforce für den Stadtrat

Dieser Tage ist die Einführung eines Stadtparlamentes in Rapperswil-Jona hochaktuell. Durch eine echte Vertrauenskrise gegenüber dem Stadtrat mit sehr niedrigem Glaubwürdigkeitsgrad wurde diese Diskussion ausgelöst. Infolge der grossen Ablehnung des Strassenprojekts «Neue Jonastrasse – St. Gallerstrasse» und dem erneuten Planungsstopp im Lido wurde dieser Eindruck noch verstärkt.

Ich bin klar der Meinung, dass die bestehende Struktur mit drei vollamtlichen und vier «Verwaltungsräten» mit der heutigen personellen Besetzung untauglich ist. Wenn man bedenkt, dass der Schulpräsident mit schulischen Belangen ausgelastet und der Baupräsident ohnehin angeschlagen ist, besteht eigentlich eine Einmann-Regierung, was natürlich nicht sein kann.

Es besteht dringender Handlungsbedarf in struktureller und personeller Art, dies insbesondere wenn man das Parlament nicht will. Eine Taskforce sollte sich der Sache annehmen. Bei der oben erwähnten Abstimmung und der vorangegangenen zum Projekt «Feldlistrasse» wurde überdeutlich, dass auch die Ortsparteien am Stimmvolk vorbei politisieren. Sie

waren – mit einer Ausnahme – gleicher Meinung wie der Stadtrat. Auch hier liegt Verbesserungspotenzial.

Im Wissen, dass dies nicht einfach ist, muss nach Verbesserungen gesucht werden. Um zur Parlamentsfrage und damit zum Vergleich zur Bürgerversammlung zurückzukehren schlage ich vor, dass alle Abstimmungen mit elektronischen Geräten geheim und nicht mehr offen durchgeführt werden. So würde ein grosser Nachteil der Beeinflussung durch andere Gruppierungen eliminiert. An jeder grösseren GV wird so abgestimmt. Möglicherweise braucht es dazu eine Anpassung der Gemeindeordnung. Es bleibt viel zu tun!

Bruno Huber aus Rapperswil-Jona, ehemaliger Gemeinde-/Stadtrat

Eine vorausblickende Frau für den Kantonsrat

Die jüngsten Entwicklungen in unserem Land verfolgt auch die 27-jährige Franziska Steiner-Kaufmann in Gommiswald mit Interesse. In einer Bauernfamilie aufgewachsen und in Wattwil die Matura gemacht, hat sie sich dem Lehrberuf zugewandt. Später hat sie in Salez die Bäuerinenschule absolviert, um den elterlichen Bauernbetrieb mit Christbäumen und Mutterkuhhaltung übernehmen zu können. Heute ist sie in Uznach Schulleiterin im Bereich der Kindergarten/Unterstufe, wo rund 40 Lehrpersonen tätig sind.

Den Ausgleich zum Beruf findet sie in der Natur, insbesondere auf dem Bauernbetrieb und vor allem in der Pflege der Christbaumkultur. So war sie vor Weihnachten zusammen mit den Eltern und ihrem Mann mit dem Verkauf der Christbäume direkt ab Hof gefordert. Seit vergangenem Sommer ist Franziska mit Simon Steiner vom Büsserberg in Rieden verheiratet. Vielfältig tätig ist sie: Sie engagiert sich stark für den Erhalt der Fasnachtstradition in Gommiswald und wirkt als Klarinettistin und Präsidentin der Musikkommission im Alpenrösl mit. Nun möchte sie gestützt auf ihre vielfältigen Erfahrungen in den St. Galler Kantonsrat

gewählt werden, um auch auf der politischen Ebene Anliegen der jungen Generation und der ganzen Gemeindebevölkerung und Region, einbringen und verfechten zu können.

Aus Überzeugung, dass Franziska Steiner-Kaufmann die Voraussetzungen für einen ehrlichen, zielgerichteten Einsatz mitbrächte und eine würdige Vertreterin ihrer Heimat abgeben würde, empfehle ich sie heute schon zur Wahl am 8. März.

Arnold B. Stampfli aus Rieden

Konzerne zur Verantwortung ziehen

Ausgabe vom 9. Januar
Zum Artikel «Anbieter machen Ernst mit 5G – trotz rechtlicher Bedenken»

Trotz rechtlicher, aber auch ernst zu nehmender medizinischer Bedenken zahlreicher Wissenschaftler und grosser Teile der Bevölkerung wird die Umrüstung auf 5G unbeeinträchtigt vorangetrieben. Warum? Ich denke, dass es hier um ein sehr lukratives Geschäft geht, das sich diejenigen, die davon profitieren werden, auf keinem Fall entgehen lassen wollen.

Was bleibt den besorgten Mitbürgern zu tun? Ein Boykott sämtlicher 5G-gesteuerten Geräte wäre wohl die beste Option, in einer Situation, in der Ethik durch Profitgier verdrängt wird. Doch wird dies nicht machbar sein, weil die technischen Möglichkeiten eine grosse Anziehung auszuüben scheinen. Handys sind aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Schon damit wurde eine äusserst lukrative Abhängigkeit geschaffen. Und da die weitere Optimierung diese Geräte irgendwann erreicht sein wird, schafft man neue Angebote, die auf eine Digitalisierung unserer gesamten Lebenswelt hinarbeiten und eröffnet dadurch einen neuen und riesigen Absatz-Markt. Dass es dadurch zu einer immer umfassenderen und lückenloseren Kontrolle unseres Verhaltens kommen wird, sei nur am Rande vermerkt.

Ein zentraler Antrieb dieser Entwicklung ist das Geld. Ich behaupte,

dass der Drang zu immer mehr (Geld-)Besitz inzwischen einen krankhaften, suchtmässigen Charakter angenommen hat und selbst- und fremdschädigend geworden ist. Da Suchtverhalten durch vernünftige Argumente allein nicht heilbar ist, kann man ihm nur durch beherztes Handeln entgegenreten. Weil ein Boykott unrealistisch ist – wie will man die eine Sucht (Geld) durch eine andere (Handys) austreiben? – sehe ich im Moment nur eine erfolgversprechende Lösung: die Annahme der Konzernverantwortungsinitiative. Denn erst, wenn Firmen und Konzerne fürchten müssen, dass sie für schädigendes Verhalten zur Verantwortung gezogen werden, werden sie sich um eine ökologisch-ethische Haltung bemühen.

Mirjam Rigamonti Largey aus Rapperswil

Mund verbieten und Fallbeil im Nacken spüren

Leben wir noch in einer freien Schweiz mit offener Meinungsäusserung? Oder wollen wir totalitäre Verhältnisse wie etwa in China oder Russland? Soll in Zukunft jede Randgruppe ihr eigenes Diskriminierungsgesetz erhalten? Wollen wir eine Flut von weiteren Gesetzen? Wollen wir einen Polizeistaat aufbauen, der jede politische nicht korrekte Äusserung der Mitbürger verfolgt?

Die bestehenden Gesetze genügen schon lange, um Verleumdung, Drohung, Ehrverletzung, Diskriminierung, etc. rechtlich zu bestrafen. Die rechtlichen Mittel dazu sind ausreichend vorhanden, verbarrkadiere wir unseren Rechtsstaat nicht mit einer rückständigen Verbotsflut.

Das Gut der freien, offenen Meinungsäusserung ist für eine moderne, demokratische Bevölkerung existenziell. Lassen wir uns nicht je länger je mehr von Bürokraten in unserer verheerenden Meinungsäusserungsfreiheit einschränken.

Konrad Rüegg aus Benken

Die Industrie hat uns völlig versklavt

Klar wurde ich ausgelacht, als ich vor 30 Jahren darauf hinwies: kein Schnee mehr in der Wengi, Grasski, Klimaerwärmung! Nun brennt oder stürmt überall: Amazonas, Australien, aber noch immer will man Gas- und Öl-Pipelines bauen. Also, wacht auf, wie jetzt die Österreicher. Es gibt, noch kaum bekannt, die Alternative Bank Schweiz, für soziale und ökologische Anlagemöglichkeiten; mit ihrer Konferenz vom 24. bis 27. Februar in Bern, natürlich auch mit vermeidbaren, weil viel zu billigen Flügen. Die Industrie hat uns völlig versklavt, und behauptet sogar in der Sexwerbung, es sei für den Profit. Alles negativ: vulgär, schmutzig, versaut, verboten! Dabei sagte Jesus: Liebet einander! Verboten also nur: Ansprüche, Ausbeutung. Sie behauptet auch, wir müssten Tabak, Alkohol vertragen; Krimis, Waffen und Gewaltfilme, teure Autos, etc. lieben. Wir müssten gewinnen mit Wetten und Glücksspiel, nur um uns das Geld aus der Tasche zu ziehen, auch mit der doofen Knallerei am 1. August oder an Silvester-Neujahr. Alle Schäden zahlen ja die Allgemeinheit, wie lange noch? Es braucht dringend das Verursacherprinzip, ökologische Steuerreformen; Maximallöhne und -vermögen. Ja auch zur Gletscher-, Trinkwasser-, Pestizid-, Landschafts-, 99 Prozent-, Transparenz- und zur Konzernverantwortungs-Initiative – für mehr Gerechtigkeit.

Viktor Brunner aus Kaltbrunn